

Rainer Rilling

Forschungspolitik im Umbruch - aber nicht in die richtige Richtung

1

Schon Matthias Wissmann hatte, als er 1993 kurz beim Forschungsministerium vorbeischaute, in seinem Programmpapier vom „Zukunftsministerium“ BMFT gesprochen und damit auf eine Formel der sozialliberalen Sprachpolitik der 70er Jahre zurückgegriffen. Die neugewählte Bundesregierung hat diese Fassung der ministeriellen corporate identity ins Zentrum des Initialritus des neuen Hoffnungsträgers Rüttgers gestellt. Die Formel ist in den Medien breit, wenn auch oft ironisierend, aufgegriffen worden, auch der neue Minister hat sie sich mit der zum Design dieser CDU-Generation gehörenden ironischen Distanz zu eigen gemacht.

2

Was fehlt in dieser Rede ist die einfache Frage: um **wessen** Zukunft soll es in der Forschungspolitik des Zukunftsministeriums gehen? Um die der **Reichen** oder die der **Armen**? Um die der **Frauen** oder der **Männer**? Um die des **Nordens** oder des **Südens**? Um die der **Natur** oder um die der **Naturzerstörung**? Geht es um **Gleichheit** oder wird **Ungleichheit** befördert? Wird **demokratische Teilhabe** unterstützt oder untergraben? Welche **Folgen** hat die Forschungs- und Technikpolitik heute, welche können wir uns leisten, welche darf und muß sie haben? Wie ist ihr **Nutzen** und wie ihr **Schaden** verteilt? Dies sind Fragen, wie sie an jede Politik gestellt werden müssen, also auch an die Forschungspolitik.

Wie können wir diese Fragen beantwortet bekommen? Wenden wir uns dem Programmpapier des neuen Ministers vom 8. Februar des Jahres („Bildungs- und forschungspolitische Schwerpunkte 1995“) zu - die dort genannten Schwerpunkte sind für ihre Beantwortung nicht hilfreich. Auch wenn sie Pressemitteilungen und -berichte des BMBF studieren, treffen sie einen völlig anderen Wortschatz: „Meßkampagnen“, „Optimierung“, „Verfügbarkeit“, „hohe Reputation“, „Innovationsinitiativen“, „Spitzenposition“, „Mitwirkung prominenter Wissenschaftler“ und so weiter - offenbar geht es hier um Ruhm, Tempo und Macht. Nicht aber um „Krieg“ und „Frieden“, „Folter“ und „Schmerz“, „Tod“ und „Verelendung“, „Gleichheit“, „Reichtum“ oder „Armut“. Oder wenn sie endlich den Haushalt des Ministeriums studieren, dessen institutions- und wissenschafts- bzw. technikprojektbezogene Klassifikationen nicht anschußfähig sind an die Probleme, die durch solche Begriffe angesprochen werden. Kurz: **zwischen der forschungspolitischen Wortwelt und jener alltäglicher**

Lebensprobleme klafft eine tiefe Kluft, die es den Politikbetroffenen unmöglich macht, diese zu verstehen, geschweige denn beurteilen zu können. Wenn daher gemessen an seinem Vorgänger, aber auch eines großen Teils der Wissenschaftspublizistik die nüchterne Herangehensweise des neuen Ministers Rüttgers positiv zu werten ist, so ist dennoch kaum zu erkennen, dass Ruhm, Dynamik und Macht als sprachpolitische Bezugsgrößen wenigstens komplettiert würden durch Einfachheit, Problembezogenheit, Alltagsorientierung und Demokratie. Und, nebenbei, auch durch ein offenes Aussprechen der politischen Verantwortlichkeit für Fehler, Risiken und Krisen in der Politik. Der Begriffsrealismus der neuen politischen Führung des BMBF hütet sich, die Deasaster vergangener Politik - die Technikruinen der Atomforschung, die langandauernden Pleiten der bemannten Weltraumtechnik usw. - zu benennen: sie werden nicht benannt oder bestenfalls als sachzwangbedingte veränderte Voraussetzungen eigener politischer Handlungen dargestellt, die so wiederum gegen Kritik immunisiert werden - gegen Sachzwänge kann man nicht angehen.

3

Der ministerielle Neuzuschnitt, aus welchen Gründen auch immer vorgenommen, öffnet eine Chance zur **politischen Innovation**. Ist sie erkennbar - wenn schon nicht an den Worten, so doch in den Strukturen, Zielsetzungen und Handlungsmustern der Forschungspolitik?

Da geht es nicht nur darum, dass ein neuer Minister sich von seinem Vorgänger unterscheiden - aber bloß nicht distanzieren! - muß. Kein Bruch, aber Differenz also ist da immer angesagt. Im Feld der Forschungspolitik liegt noch eine zusätzliche Spezifik. Ein Ministerium, das mit der Wissenschaft einen Bereich der Gesellschaft politisch verantwortet, welcher den Wert des „Neuen“ so hoch schätzt, dass er zuweilen als handliches Substitut der singulären Grundfunktion dieses Bereichs fungiert, wahres Wissen zu erstellen - ein solches Ministerium wird gut daran tun, sich weit mehr als seine Namensvettern aus Landwirtschaft oder Juristerei als politischer Innovateur und Anwalt der Erneuerung zu inszenieren, will es seine Klientel bei Laune halten.

Ich denke dabei nicht daran, wie das Problem gelöst wurde, dass im Bonner Hochhaus dereinst die Forschung mit ihrem Minister auf Etage 14, die Bildung mit dem ihren im 13. Stock, dafür die Bildungsbeamten in den statuärträgigeren höheren Stockwerken 8 bis 11, die Forschungsleute dagegen auf den Etagen eins bis (dafür: sogar) sieben saßen - und wie das nun alles mitsamt den Doppelkopferferaten neu

gestaltet wurde. Das hat wohl alles gut geklappt, Gott sei Dank, und schweigen wir über die Kosten.

Ich denke daran, dass durch die Neubildung von Institutionen die Erfindung neuer Politik auch befördert werden kann, eine neue Politik, wozu ich nicht die Verleihung des Ehrendoktors an Hannelore Kohl durch die Greifswalder Universität oder den Sachverhalt rechne, dass sich das BMBF mit, sagen wir`s höflich, so 3-4 Jahren Verspätung eine Internet - Adresse zugelegt hat. Dass der Haushalt 1995 des neuen „Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie“ (BMBF) alte Ansätze nur fortschreibt, muß nicht unbedingt für einen dauerhaften Innovationsverzicht sprechen. Dass freilich die Führungsspitze des BMBF aus dem alten Personal zusammengesetzt und mit Rüttgers eigener Mannschaft (zum Teil aus der Konrad Adenauer Stiftung) komplettiert wurde, oder dass über die Zusammensetzung der bisher zentralsten institutionellen Innovation, den Technologierat, sogar ein Blatt wie „Focus“ schreiben kann: „Viel West, ein bißchen Ost, viel Großunternehmen, ein wenig Mittelstand, zwei Gewerkschafter“, steht allerdings dafür, dass Veränderungen kaum dynamisch und zudem begrenzt sind.

Nun geschehen, wie gesagt, politische Innovationen nicht voraussetzungslos. Wo neue Akzente gesetzt werden, stehen sie auch im Falle des neuen BMBF für eine schon seit geraumer Zeit offensichtliche Veränderung der Forschungspolitik, deren Reichweite kaum zu überschätzen ist. **Es gibt einen tiefgreifenden Strukturwandel der Forschungspolitik.** Innovationen und auch das Agieren des neuen Forschungsministers stehen in diesem Kontext. Worin besteht diese Veränderung?

4

Sie hängt in erster Linie zusammen mit dem **Abbau der großen Staatstechnik** (Radkau) des **Weltraum-, Atom- und Militärssektors**, welche seit den 50er Jahren die **Identität der diversen einschlägigen Ministerien und ihrer Politik** bildeten. Zeitweise hat der Bund 4/5 seiner FuT-Mittel in diese Bereiche investiert, gegenwärtig sind es noch etwa zwei von drei DM. Der Gewichtsverlust dieses Bereichs seit Ende der 80er Jahre ist evident, aber schleppend. Immer noch werden in der Minute 7000 DM für militärische Forschung ausgegeben, ist das größte Technikprojekt der Eurofighter, werden ständig neue Großprojekte der Luft-, Raumfahrt- und Verkehrsindustrie, der Atom- und Rüstungsindustrie lanciert und zum Teil mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln vorangetrieben. Nur ein Beispiel: die BMBF-Ausgaben für Weltraumforschung stiegen nach eigenen Angaben von 5,1 Mrd. DM für den Zeitraum 1985-

1989 auf 8,1 Mrd. für das Jahr fünf 1990 bis 1994. Jährlich sollen für die europäische Weltraumbehörde ESA 1,07 Mrd. DM ausgegeben werden, hinzu kommen nationale Mittel in Höhe von 300 Mio. DM. Diese fiskalisch extrem restriktive und politisch kaum problematisierte Orientierung auf marktferne, politische, d.h. machtbezogene Großtechnik ist die eigentliche Verpflichtungsermächtigung der gegenwärtigen Forschungspolitik, die zudem durch das große Gewicht der sogenannten institutionellen Förderung abgestützt wird, die vor allem in diesen Bereichen der Staatstechnik fließt. Ihr Anteil am BMBF-Haushalt ist von 24 % in 1982 auf 33 % in 1995 gestiegen, während der Anteil der Projektförderung parallel dazu von 41,12 % auf 28,7 % gesunken ist. Mit 4,45 Mrd. DM stehen hier selbst in absoluten Zahlen weniger Mittel zur Verfügung als von 13 Jahren. Wenn die BRD 1992 37 Mrd. Dollar, die USA dagegen 161 und Japan 75 Mrd. Dollar für FuT ausgegeben haben, ist klar, dass die Mittel hierzulande unter Wettbewerbsgesichtspunkten äußerst effektiv ausgegeben werden müssen. Rüstungs-, Weltraum-, Luftfahrt- und die hierzulande vorherrschende Verkehrsforschung sind aber nicht effektiv, sondern kontraproduktiv. Welchen ökonomischen Nutzen die bemannte Raumfahrt hat, für die in Europa bis 200 über 4 Mrd. DM ausgegeben werden sollen, weiss niemand. Ihre politischen Begründungen aus der Zeit des Kalten Krieges - militärische Stärke, nationales Prestige - sind obsolet. Ihre weitere Pflege bedarf daher der Umetikettierung - so ist der Start der europäischen Erdbeobachtungsstaelliten ERS-2 von Rüttgers Ende April als „Beitrag zur Lösung globaler Probleme“ charakterisiert worden, es war die Rede von Klima-, Meeres- und Polarforschung, von Umweltüberwachung, Sicherung der Katastrophenvorbeugung und -bewältigung, von einer verbesserten Wettervorhersage, von einer effektiveren Land- und Forstwirtschaft, von der Entdeckung neuer Vorkommen von Bodenschätzen und von der Errichtung von Leitsystemen in der Schifffahrt. Nichts sagte die Pressemitteilung des BMBF vom 21.4.1995 über die Rolle des Satelliten für den Einstieg der BRD in eine eigene raumgestützte militärische Aufklärungskapazität, über die entsprechenden Hintergrundprojekte Helios und Osiris.

Die FuT-Politik des BMBF und des BMVg haben mit der moderaten Rückführung des ungeheuren Ressourcenverbrauchs in diesem Bereich zu tun und mit einer Stabilisierung auf hohem Niveau. Im Falle der Militärforschung wird sie zunehmend ergänzt durch neue, nicht mehr **abschreckungs-** sondern **kriegspolitische** Legitimation. Wo die Bundeswehr hingeführt wird zum weltweiten realen Kriegseinsatz, ist es gerechtfertigt, die Technik und Forschung, die solches ermöglicht und dafür notwendig ist, als **Kriegsforschung** und **Kriegstechnik** zu bezeichnen. Alles andere wäre wieder ein

politisches Sprachspiel zur Verschleierung dieser substantiellen Funktionsveränderung der militärischen Wissenschafts- und Technikpolitik.

5

Daneben konzentriert sich die FuT-Politik aber nun immer stärker auf **einen zweiten technologischen Entwicklungspfad**, für dessen Charakterisierung der Begriff der „großen Staatstechnik“ ungeeignet ist. Es geht hier um die neuen, als „**strategisch**“ definierten Felder der Bio-, Werkstoff-, Fertigungs- und Informationstechnologien. Sie werden im Gegensatz zu den Großtechnologien alten Typs fast ausschließlich in **privatindustrieller Eigenregie** entwickelt. Nach den Angaben des BMBF entfallen zum Beispiel in der Informations- und Kommunikationstechnologie von 12 Mrd. DM Forschungsinvestitionen 87 % auf die Wirtschaft und 13 % auf den Staat (Pressemitteilung v. 9.2.1995) - bei den genannten alten großen Staatstechniken war es in aller Regel genau umgekehrt. Für diese Veränderung steht auch, dass der Anteil der staatlichen Mitteln am im Wirtschaftssektor verausgabten Forschungskapital zwischen 1979 und 1991 von 19 % auf 11 % abgesunken ist, so dass die staatlichen Mitteln für die Sicherung des Umschlags des industriellen Forschungskapitals immer weniger wichtig werden. Im Zivilforschungsbereich liegt dieser Anteil etwa bei 4-5 %. Faßt man Forschungspolitik als Subventionspolitik auf, dann ist dies unbedenklich. Soll aber über öffentliche Mittel auch gestalterischer Einfluß aufs Innovationsgeschehen in der Wirtschaft ausgeübt werden, handelt es sich hier um etwas anderes: **es geht nicht nur um neokonservative Deregulierung im engeren Sinne, sondern um politische „Passivität“, um Verzicht auf Thematisierung politisch-gesellschaftliche Ziele, Agenda-Setzung und Verzicht auf politisches Handeln. Forschungspolitik wird entpolitisiert. Ihre Fähigkeit und ihr Anspruch, gegenüber einer weitestgehend privatindustriell dominierten Technikentwicklung selbstständig zu agieren, werden geradezu dramatisch reduziert. Darin, in diesem Wechsel liegt das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Forschungspolitik.**

6

Forschungspolitik reduziert sich daher zunehmend, pflegt sie nicht bloß das Erbe der alten großen Staatstechnik, auf

a) **subsidiäre Forschungsfinanzierung** im Sektor der strategischen Technologien und

b) **das Agieren im Kontext, sichert also die wirtschaftliche Anschlußfähigkeit, zuweilen auch die Kommerzialisierung** der Grundlagenforschung, etabliert Initialmärk-

te (Risikokapitalmärkte, s. das neue unter Rüttgers aufgelegte Programm), arrangiert kooperative **Verbundforschung** und inszeniert **Akzeptanzdiskurse**

Weder „harte“ Steuerung durch Geld und Recht noch „weiche“ durch verschiedene Initiativen zur Erneuerung der politischen Kultur der Forschungslandschaft gehören zum politischen Aktionshorizont der CDU-Forschungspolitik. Nur in diesem Sinne ist die gegenwärtige Forschungs- und Technologiepolitik durchaus politisch: sie ist Gesellschaftspolitik im Sinne der Sicherung des Anschlusses von Wissenschaft und Forschung an **Wirtschafts-** und (nachgeordnet) **Militärpolitik**, sie inszeniert insofern auch das öffentliche Gewicht von Forschung und Technik, indem sie die **Standort-** und **Out-of-Area-Politikproblematik** in den Vordergrund hebt und sie vernachlässigt keineswegs jene Wissenschaft und Forschung, die dazu nützt, die vorhandenen **Ungleichverteilungen an politischer Macht** aufrechtzuerhalten.

7

Hinsichtlich der Entwicklung und Verteilung öffentlicher Forschungsressourcen ist das Bild recht deutlich, zwei Sachverhalte sind offensichtlich: **das Gewicht dieser Ressourcen schwindet**, was da ist, muß die Anschlußfähigkeit von Wissenschaft und Forschung an die Wirtschafts- und Militärpolitik, also ein bestimmtes Muster der **Forschungsprioritäten** sichern.

Und tatsächlich ist schon insgesamt der Anteil des Forschungshaushaltes des Bundes 1994 erstmals seit über zwei Jahrzehnten unter die 2 % - Grenze gefallen auf 1,92 %. Der Haushaltsentwurf 1995 sieht mit 15,53 Mrd. DM 0,8 % weniger Mittel vor als 1994, 1996 soll er um 0,5 % und 1997 um 0,1 % fallen, 1998 ist wieder ein Zuwachs von 0,7 % in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Dann würde 1998 das fünfte Mal hintereinander das Haushaltsniveau von 1993 unterschritten. Und da der Bundeshaushalt 1996 um ein Prozent niedriger sein soll als der dieses Jahres, kann der Zukunftsminister von einer überdurchschnittlichen Steigerung sprechen, denn sein Haushalt soll nicht um ein Prozent, sondern nur um ein halbes Prozent niedriger sein - wenn ich das alles richtig verstanden habe. Ich weiß jedenfalls, dass Rüttgers in seinem ersten Debattenbeitrag nach seiner Wahl angekündigt hat: „Die Bundesregierung beabsichtigt, die Haushaltsmittel für Forschung und Technologie überproportional zu steigern“. Das ist nötig, denn das Bildungs- und Forschungsbudget in Westdeutschland ist seit 1990 Jahr für Jahr real gesunken. Pro Einwohnerkopf / BRD hat der Bund in Preisen von 1991 1982 233 DM ausgegeben, 1998 sollen es noch 153 DM sein. Der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank von 1987 bis 1991 von 2,88 auf 2,66 %. Bekanntlich nimmt die BRD in der jüngst veröf-

fentlichten OECD-Statistik mit einem Anteil von 8 % öffentlicher Ausgaben im Erziehungsbereich den letzten Platz ein. 19882 entfielen 4,7 % des Bundeshaushalts auf die damaligen Einzelhaushalte von BMFT und BMBW, 1995 sind es 3,2 Prozent. Hätte dieser Anteil von 4,7 % auch nur stagniert, könnten wir 1995 7,1 Milliarden DM mehr für FuT ausgeben. Sie hätten zum Beispiel dazu verwandt werden können, die Vernichtung der Industrieforschung der DDR zu verhindern: dort waren 1987 noch 86 397 Menschen tätig, 1993 waren es noch 18 400. Sie könnten damit, wenn sie so wollen, dazu beitragen, dass das Absinken des Anteils der Wirtschaft am nationalen Forschungsbudget kompensiert wird.

Zum zweiten geht es um eine Sicherung der Anschlußfähigkeit von Wissenschaft und Forschung an die Wirtschafts- und Militärpolitik. Das Gesamtbild der Forschungsprioritäten können folgende Angaben vielleicht verdeutlichen:

- In der konservativ-liberalen Regierungszeit sind im Zeitraum 1982 bis 1992 rund **85 %** der gesamten nationalen (also privaten wie öffentlichen) Forschungsmittel (das waren 660 Mrd. DM) auf einen **ökonomischen** Verwendungskontext ausgerichtet gewesen. [Wir, Sie, Du und ich werden gehalten, Forschung doch noch stärker, noch mehr, noch rascher auf die Standortsicherung auszurichten - welches der wesentlichen wirtschaftlichen Probleme der Massenarbeitslosigkeit, des ökologischen Umbaus, der Angleichung der Lebensverhältnisse kann dadurch gelöst werden, dass dieser Anteil im Zeichen der anhaltenden Debatte um den „Standort Deutschland“ auf 87 %, 89 % oder 92 % gesteigert wird? Keiner der Freunde des deutschen Standorts hat bisher diese simple Frage nach derlei Grenznutzenversprechungen gestellt - sie ist aber die Kernfrage der technikpolitischen Standortdebatte.]
- Gerade **3 %** der in diesem Regierungszeitraum der konservativ-liberalen Koalition aufgewandten Mittel entfallen auf bundesfinanzierte Forschungen, die **sozialen** und **ökologischen** Zielsetzungen verpflichtet sind, weitere 5 % in die bundesfinanzierte **Grundlagenforschung**
- Der Rest - **6 %**, 37 Mrd. DM - ist für **Rüstungsforschung**, also unmittelbar auf politische Ziele gerichtete Forschung
- 1994/5 fließen rund zwei Drittel des FuE-Ausgaben des Bundes in wirtschaftsorientierte und militärische Bereiche.

8

Daher kann nicht verwundern, dass im Mittelpunkt der **politischen Legitimation** einer Politik, die privatindustrielle Technikentwicklung nur peripher „moderieren“ kann, un-

gebrochen und unverändert der Bezug auf den „**Standort Deutschland**“ stehen muß. Akzeptanzbeschaffung für bereits realisierte privattechnikpolitische Optionen wird aufgewertet. Die im März 1995 vorgelegten Leitsätze des Forschungsministers Jürgen Rüttgers enthielten als eine, von ihm häufig gegenüber den Medien genannte Option einer Entwicklung sogenannter Leitprojekte, entsprechend derer ein Teil der Forschungsressourcen verteilt werden sollte. Es geht um den Übergang zur Informationsgesellschaft, die biotechnologische Revolution des 21. Jahrhunderts, das Wirtschaftswachstum in Stoffkreisläufen, eine Energieerzeugung mit minimaler CO₂-Emission und um die Entwicklung von Innovationssystemen im Netzwerk. In der Zeitschrift „Das Parlament“ (10.3.95) nannte er den Sinn solcher Projekte: es seien Vorhaben, „an denen sich die Menschen orientieren können, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern“. Diese rhetorische Figur stellt den einst erreichten Standard der **Risikodiskussion** in Frage, überbetont die Chancendimensionen moderner Wissenschaft - vielleicht erinnern sie sich noch an den Satz in Rüttgers erstem parlamentarischem Auftritt: „In unserem Land haben ja vor allem die Bedenkenträger Konjunktur“ (Pressemitteilung 25.11.1994) - und läuft auf eine Hinwendung zu erneuter **Risikotoleranz** hinaus. („Auf der anderen Seite darf man nicht den Fehler machen, Risiken totzuschweigen. Notwendig für eine Innovation ist immer auch eine gesellschaftliche Akzeptanz“ {J. Rüttgers, Das Parlament v. 10.3.1995}). Bei Rüttgers heißt das nicht nur ein entschiedenes Ja zur Kernenergie, sondern auch zum Beispiel: „Freie Fahrt für die Kommunikationstechnologien der Zukunft“ (9.2.1995). Nun, mögen die neugierigen Wissenschaftler an Chipverweiterungen für das menschliche Gehirn basteln - Hauptsache „Freie Fahrt für den Standort Deutschland“. Die Standortrhetorik verengt das Spektrum der **Nutzenkalküle** und rückt allein die Weltmarktfähigkeit der Produkte und Verfahren in den Vordergrund, sie blendet in ihrer **Marktzentriertheit** zudem weite Teile der Forschungslandschaft aus.

9

Doch das Problem der Akzeptanzbeschaffung geht über die Risikofrage weit hinaus. Sie alle kennen die peinsame Geschichte, als Helmut Kohl im Fernsehen über Staus auf der Datenautobahn und die Hoheit der Länder sprach. Aber es gibt gute Gründe für die Annahme, dass ungeachtet dieses kleinen Ausrutschers ein zukünftiger Zentraltopos der Selbstinszenierung der CDU/CSU als moderner politischer Kraft die Rede vom „**Übergang zur Informationsgesellschaft**“ sein wird. Die Anwälte der bundesdeutschen Datenautobahn heißen Bötsch und Rüttgers. Oder können sie sich Scharping auf der Datenautobahn vorstellen? Oder im Cyberspace? Die Frage stel-

len, heißt sie beantworten - ein Satz, der bei Scharping fast immer stimmt. Er ginge vielleicht noch hin als Oberbürgermeister eines digitalen Freiburgs mit Peter Glotz als Leiter des Kulturredes und Pressesprecher mit eigener interaktiv anklickbarer Homepage. Gesungen wird das Lob der Informationsgesellschaft - einer Gesellschaft

- kommodifizierter Kommunikation, des teleshopping-, telebanking und teleworking, in welcher der beste Konsument der schnelle Breitbandkonsument ist,
- in der Zeitpiraterie im Standortkampf um den schnellen Konsumenten der Wissenszug der (nicht nur: Informations-)Kapitalverwertungslogik ist,
- in der Telearbeit das Normalarbeitsverhältnis ist, die Menschen also jederzeit und an jedem Ort ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sich dem Kapital, das, um Herrn Karl Marx Formulierung zu gebrauchen, bekanntlich kein Vaterland kennt und scheu wie ein Reh ist, endlich der staaten- und ortlose, hyperflexible Netzproletarier zugesellt,
- in der endlich die Kontrolle über unbegrenzt manipulierbare Bilder und die neuen virtuellen Räume und Zeitstrukturen eine neue Zentralressource realgesellschaftlicher Macht wird.

Das Stichwort „Übergang zur Informationsgesellschaft“ operiert zunehmend als neuer **modern-konservativer Gegenbegriff** zur Option des „Übergangs zur sozialökologisch erneuerten Industriegesellschaft“. Übergang zu einem neuen postfordistischen Produktionsmodell der lean production und des lean management, des business reengineering und toyotismus, dessen Basis die durch Informations- und Kommunikationstechnologie erst ermöglichte und strukturierte Systemtechnik ist, Sie ist die positive Antwort auf die „Widerkehr der alten Monster“ (Gallo) Massenarbeitslosigkeit und Armut, Krieg, Nationalismus und Rassismus, auf die Nachtseite der Moderne. Hier also die eine Option. Sie ist realistisch, denn sie trifft einen Schlüsselprozess gesellschaftlicher Transformation einiger entwickelter Industriegesellschaften des Nordens. **Die Aufgabe der staatlichen forschungs- und technikpolitischen Akteure ist hier nicht, zur Erfindung und Entwicklung neuer Techniken beizutragen. Es geht jetzt um die Erzeugung eigendynamisch expandierender Nachfragestrukturen, das heißt um die Durchsetzung eines globalen sozio-technische Großsystems.**

Zu fragen ist, was es hilft bei der Lösung einfacher globaler Probleme: Wir wissen: Nahrung und Wasser fehlt den Armen und Unteren in dieser Welt, Klima und Atemluft wird den Nachgeborenen rar, Gesundheit und Bildung den meisten vorenthalten.

- 300 mio kinder besuchen keine schulen, eine milliarde erwachsene können nicht lesen oder schreiben - *wo ist ihr Zugang zur Informationsgesellschaft?*

- die natürlichen Schadstoffsenken sind überlastet, heute schon ist das Ozonloch größer als Amerika, alle zwei Stunden wird ein Fußballplatz voll grüner Lunge Tropenwald abgeholzt, Ressourcenschranken existieren, auch wenn sie in der ökologischen Diskussion in den Hintergrund getreten sind: in 40 Jahren gibt es kein Öl mehr, in 60 Jahren kein Erdgas, in 200 Jahren keine Kohle - *ist die neue Informationsgesellschaft ökologisch?*
- alle zwei Sekunden stirbt ein Kind auf der Welt an Hunger, 7 Mio arme leben in Deutschland, über eine Million Obdachlose: *wer sind die sozialen Gewinner, wer die Verlierer in der Informationsgesellschaft?*
- und schließlich: die Weltrüstungsausgaben sind heute viermal so hoch wie am Ende des 2. Weltkriegs - *welche zivile, entmilitarisierte Perspektive bietet die Informationsgesellschaft?*

10

Doch auch die unstrittige Akzentuierung ökologischer Probleme und Forschungen, welche die deutsche FuT-Politik der letzten Jahre bei aller Kritik an der kärglichen Dotierung positiv auszeichnet, ist in zumindest vierfacher Hinsicht grundlegend beschränkt:

- diese Politik ist nahezu allein auf jene Probleme der Klimaerwärmung, der Zersetzung der Ozonschicht und der Emission giftiger Stoffe gerichtet, welche die entwickelten Industriestaaten des Nordens unmittelbar betreffen bzw. die direkt von ihnen hervorgebracht wurden und vernachlässigt demgegenüber jene schwerwiegenden Probleme der Ernährung, des Wohnens, der sozialen Verelendung, des Verlustes der Artenvielfalt, der Verschlechterung des Bodens, der Entwaldung, der Wasserverschmutzung und -verknappung oder der Luftverschmutzung, also jener globalen Probleme, die vorrangig den Süden betreffen;
- Projektzuschnitt und Förderungsdesign dieser Politik konzentrieren sich (was das BMFT Anfang 1993 selbst konzidierte: zu 80 %) auf nachsorgende und additive Technik, leben also geradezu von den Beschädigungen von Mensch und Natur und müssen insoweit gleichsam an diesen interessiert sein, wollen sie prosperieren, statt sie vorsorgend zu vermeiden;
- sie betreibt endlich Ökologie als Ressortfrage und verzichtet bewußt auf eine sukzessive, durchgängige Ökologisierung aller forschungspolitischen Handlungsfelder und den entschiedenen Entwurf einer Politik, die auf eine Diskriminierung der naturzerstörenden Wirtschaftsbranchen zugunsten einer (entsprechende Exportorien-

tierungen durchaus einschließende) nachhaltigen Favorisierung eines neuen ökologischen Spezialisierungsmusters des Industriestandorts Deutschland aus ist. Ökologische Politik diesen Zuschnitts zielt darauf ab, den industriellen Kapitalismus zu entschlacken, ohne den naturzerstörenden Kern seines Programms anzupacken.

- sie ist endlich, sieht man von allem diesem ab, jämmerlich dimensioniert: 1995 wurden die Mittel für erneuerbare Energien gegenüber 1994 um 6,9 % gesenkt. (EB) Sie sollen 1995 bei 330 Mio. DM liegen. Während für ERS II 340 Mio. DM ausgegeben wurden, betragen die Mittel für vorsorgenden produktionsintegrierten Umweltschutz 1995 54 Mio. DM (Projektmittel = + 30 %)
- sie folgt schließlich unverdrossen der alten Ratio bundesdeutscher angebotsorientierter Forschungspolitik, soziale Probleme technisch zu lösen. Die blinde oder bestenfalls einäugige ökologische Wissenschaft, die einem solchen Ideal verpflichtet ist, hat jüngst Wolfgang Sachs eindrucksvoll beschrieben: „Satellitenbilder, die entstehen, wenn die Vegetationsdecke des Planeten abgetastet wird; Computer-Graphiken, die über den Zeitablauf Kurven aufzeichnen, die in Wechselwirkung miteinander agieren; Schwellenwerte, die als globale Normen hochgehalten werden: das ist die Sprache der globalen Ökologie geworden. Sie entwirft dabei eine Realität, welche aus Bergen von Daten besteht, aber nicht aus Menschen. Diese Daten sagen nichts darüber aus, wieso die Tuaregs gezwungen sind, ihre letzten Wasserlöcher auszuschöpfen oder warum die Deutschen so darauf versessen sind, über ihre Autobahnen zu rasen. Sie geben keine Hinweise, wem das auf dem Amazonas verschifft tropische Nutzholz gehört oder welche Industrien von der Verschmutzung des Mittelmeers profitieren. Sie bleiben stumm, wenn man nach der Bedeutung des Regenwaldes für Inianerstämme fragt oder nach dem Wert von Wasservorkommen in einem Land Arabiens. Angeboten wird ein Wissen, das gesichts und ortlos ist, eine Abstraktion, die einen beträchtlichen Preis mit sich schleppt: sie unterschlägt fundamentale menschliche Realitäten wie Kultur, Macht und Tugend. Dieses Wissen liefert Daten, aber keinen Kontext; es zeigt Diagramme, aber keine Akteure; es kennt Kalkulationen, aber keine Ethik; es sucht Stabilität, aber nicht Schönheit.“

11

Politik heißt erstens Wissenschaft und Forschung an die Bemühungen der Gesellschaft zur Lösung ihrer **eigenen, also gesellschaftlicher Probleme anschlussfähig** machen - dann wird sich die Gesellschaft in ihrer Wissenschaft und Technik auch

wiedererkennen und ihr nicht entfremdet, also interesselos, distanziert oder feindlich gegenüberstehen. Damit hat Politik auch die Aufgabe, ein Austrag der Interessenkonflikte, die bei der Bearbeitung solcher Probleme entstehen, auch mit den Mitteln der Wissenschaft zu ermöglichen. Insoweit muß Forschungs- und Technologiepolitik zugleich demokratisierende **Gesellschaftspolitik** sein.

Politik heißt zweitens, die für eine solche Zielsetzung notwendigen **Ressourcen** bereitzustellen und das **öffentliche Gewicht** von Wissenschaft und Forschung zu sichern

Politik heißt drittens schließlich unter unseren gegenwärtigen Bedingungen, dass Wissenschaft und Forschung nicht wegen ihrer wahren oder falschen Ergebnisse oder ihrem ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Nutzen von Interesse ist, sondern selbstverständlich schlicht insoweit sie dazu taugt, **politische Macht zu sichern und zu rechtfertigen**.

Weder der Wissenschafts- noch der Wirtschaftsmarkt bringen sozialökologische Zielsetzungen von selbst aus sich hervor. Ihre Akteure sind an Wahrheit und Profit interessiert, nicht am Natur-Gesellschafts-Verhältnis. Eine sozialökologische Forschungspolitik muss gesellschaftlich konstituiert und politisch durchgesetzt werden. Eine Informationsgesellschaft, welche die Fähigkeiten der Industriegesellschaften zur Erzeugung globaler Naturzerstörung und sozialer Ungleichheit unterstützt, statt sie einzudämmen, kann kein gesellschaftspolitisches Ziel der FuT-Politik sein. Daher gilt es, andere Wörter zu benutzen, neue Akteure in die Politik zu bringen, Teilhabe und Mitwirkung - kurz: Demokratie ins Spiel zu bringen. Ein neuer Weg muß geöffnet werden für die Forschungs- und Technologiepolitik. Hannah Arendt hat vor Jahren formuliert: „Der Sinn des Politischen...ist, daß Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren, Gleiche mit Gleichen.“ Wäre dies nicht ein Satz, der in diese Richtung geht: „Der Sinn der Forschungs- und Technologiepolitik ist, dass Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren, Gleiche mit Gleichen“?

Dr. habil. Rainer Rilling, Jg.45, Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Mitglied des Beirates der Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für den Frieden. Adresse in der Informationsgesellschaft: rillingr@mail.uni-marburg.de oder: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/home.html>.